

INLAND

**Problematische
Volksinitiativen sollen
künftig verhindert
werden.**

SEITE

SEITE 14

AUSLAND

**Papst legt sich mit
der Mafia an und
exkommuniziert
deren Mitglieder.** s

SEITE 15

AUSLAND

Alstom-Verwaltungsrat sagt Ja zu einer Allianz mit dem US-Konzern General Electric. SEITE 15

SEITE 15

KULTUR

Mit der Oper «La Favorita» sind die St. Galler Festspiele eröffnet worden. SEI

SEITE 16

WISSENSCHAFT UND TECHNIK

Forscher entwickeln einen Nanomotor, der in eine menschliche Zelle passt.

SEITE 17

TAGESTHEMA: SCHWEIZ-ITALIEN

«Jahrelang hat Rom nichts gemacht»

Die Beziehungen zwischen der Schweiz und ihrem südlichen Nachbarland sind belastet: Diese Woche entscheidet der Tessiner Staatsrat, ob er Italien dessen Anteil an der Quellensteuer vorenthalten will. Die Wut im Südkanton ist gross.

Von Dennis Bühler

Bellinzona. – Er freue sich, wenn die squadra azzurra ein Spiel verliert, sagte Fabio Regazzi letzte Woche, und der CVP-Nationalrat aus Gordola am Lago Maggiore ist bei weitem nicht allein. So, wie manch einer in der Deutschschweiz an deutschen Niederlagen Gefallen findet, gehört es im Tessin zum guten Ton, stets dem Gegner der italienischen Nationalmannschaft die Daumen zu drücken.

Die geistige Abgrenzung von Italien ist in den letzten Jahren grösser und grösser geworden, zuletzt war im Februar eine rekordhohe Zustimmung von 68,2 Prozent zur Masseneinwanderungsinitiative der SVP untrügliches Zeichen von Verunsicherung und Wut. Die Tessinerinnen und Tessiner fühlen sich von der ausländischen Konkurrenz in ihrem Arbeitsmarkt bedrängt – 60 000 Grenzgänger beanspruchen fast einen Drittel der insgesamt 185 000 Arbeitsplätze im Kanton für sich und verstopfen, wie moniert wird, mit ihren automobili die Zufahrtsstrassen.

Seit Jahren verhandeln die Schweiz und Italien über mehrere finanzpolitische Dossiers. Es geht um die Bereinigung unversteuerter italienischer Gelder auf Tessiner Banken, um einen besseren Marktzugang für Schweizer Finanzdienstleister in Italien, um einen Abbau der bürokratischen Auflagen für hiesige Firmen im Land des südlichen Nachbarn. Und vor allem soll das Grenzgängerabkommen aus dem Jahr 1974, aus Schweizer Sicht längst überholt, endlich revidiert werden. Gemäss diesem müssen Italiener, die in der Schweiz arbeiten, in ihrem Heimatland keine Einkommenssteuer bezahlen, dafür wird ihnen in der Schweiz eine geringe Quellensteuer direkt vom Lohn abgezogen. 38,8 Prozent dieser Abgabe werden an Italien überwiesen. Dank dieser Regelung gelten die frontalieri auf dem Arbeitsmarkt als privilegiert, deshalb sind sie bereit, für deutlich tiefere Löhne zu arbeiten.

«Drei Jahre ist
nichts passiert»

Vor drei Jahren hat die Tessiner Regierung den Teil der in der Schweiz erhobenen Quellensteuer, der Italien zustünde, blockiert. Weil seit 2011 in den Verhandlungen kaum Fortschritte erzielt worden sind, steht eine solche Protestaktion aktuell wieder zur De-

A night scene at a customs checkpoint in Italy. A police officer stands in the middle of a road with cars stopped. The building in the background has signs for 'AGENZIA DELLE DOGANE' and 'VALICO DI PONTE TRESA'. The officer's uniform has 'DIREZIONE GENERALE DI VIAGGI E TURISMO' and 'GUARDIA DI FINANZA' written on it. The scene is illuminated by streetlights and the headlights of the cars.

Auf dem Weg ins Tessin: Autos mit italienischem Kennzeichen stauen sich vor dem Grenzübergang in Ponte Tresa.

Bild Gabriele Putzu/Keystone

batte. Diese Woche fällt der fünfköpfige Consiglio di Stato einen Entscheid.

Anfang Monat haben Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf und ihr Staatssekretär für internationale Finanzfragen, Jacques de Watterville, die zehn Tessiner Parlamentarier und die kantonale Finanzdirektorin Laura Sadis im Bundeshaus zur Aussprache getroffen. Selbst die beiden Nationalräte der Lega dei Ticinesi haben danach erklärt, sie rieten der Kantonsregierung davon ab, Italien die vertraglich zugesicherten 38,8 Prozent der Quellensteuer vorzuenthalten. «Wir kämpfen seit drei Jahren für eine Lösung der Streitigkeiten mit Italien und es ist nichts passiert», sagt FDP-Nationalrat Ignazio Cassis. «Dementsprechend gingen wir mit Misstrauen in das Gespräch mit Widmer-Schlumpf.» Die Finanzministerin habe jedoch glaubwürdig aufzeigen können, dass eine Beilegung der Differenzen schon in den nächsten Monaten möglich sei. Und vor allem habe sie versprochen, einseitige Massnahmen zu erlassen, falls bis im kommenden Frühjahr keine Lösung gefunden werde.

Wie sich der Tessiner Staatsrat angesichts der bundesrätlichen Beschwichtigungen diese Woche entscheidet, ist dennoch ungewiss – zu unberechenbar sind die beiden Lega-Vertreter Norman Gobbi und Claudio Zali, die die Blockierung der Quellensteuer wieder aufs Tapet gebracht hatten, und CVP-Politiker Paolo Beltraminelli. Einzig SP-Staatsrat Manuele Bertoli und die freisinnige Sadis haben sich bereits dezidiert gegen die

Protestaktion ausgesprochen, die gegen rechtsstaatliche Prinzipien verstiesse.

Italien setzt Prioritäten anders

Seit Februar regiert Matteo Renzi Italien, er ist der 27. Ministerpräsident seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, er steht der 65. Regierung seit 1945 vor. Die ständigen Machtwechsel haben die Verhandlungen mit der Schweiz in den letzten Jahren arg erschwert. «Wir mussten mehrmals von vorne beginnen», sagt Mario Tuor, Sprecher des Staatssekretariats für internationale Finanzfragen. «Immer wieder mussten wir die komplizierten Dossiers von neuem erklären.» Es helfe dem bilateralen Klima, wenn mit Renzi nun endlich mal ein italienischer Ministerpräsident verhältnismässig sicher im Sattel sitze. Mit 40,8 Prozent hat der 39-Jährige im Mai bei den Europawahlen ein Rekordergebnis für die italienische Linke eingefahren.

Doch wie wichtig ist Renzi ein besseres Verhältnis mit der Schweiz? Kein einziges Mal hat er sich seit seinem Amtsantritt vor 121 Tagen zum nördlichen Nachbarn geäussert. «In Italien überlagern wie in einigen anderen europäischen Ländern auch die eigenen wirtschafts- und innenpolitischen Probleme die Herausforderungen in der Beziehung zur Schweiz»,

sagt Angelo Geninazzi, der das Tessiner Büro des Wirtschaftsdachverbandes Economiesuisse leitet. Und Nationalrat Cassis sagt: «Man kann Italien nur bedingt vertrauen, aber diese Erkenntnis ist nicht neu.» Wer ein Land zu regieren hat, auf dem grosse finanzielle Sorgen lasten und das für seine Banken womöglich einen staatlichen Rettungsschirm braucht, wer im Süden der Flüchtlingsströme über das Mittelmeer kaum Herr wird, der setzt seine Prioritäten eben anders.

«Bern hat sich
keine Mühe
gegeben»

Noch im Winter hatte man gehofft, beim Staatsbesuch von Präsident Giorgio Napolitano im Mai Lösungsvorschläge im Steuerstreit präsentieren oder gar ein neues bilaterales Steuerpaket unterzeichnen zu können. Daraus ist nichts geworden. Hinter Deutschland und den USA ist Italien der drittgrößte Handelspartner der Schweiz, 500 000 italienische Staatsangehörige leben hier, 50 000 Schweizer in Italien. Das Verhältnis aber bleibt schwierig.

«Jahrelang hat Rom nichts gemacht», sagt CVP-Ständerat Filippo Lombardi. «Aber wir Tessiner hatten auch den Eindruck, dass sich Bern genauso wenig Mühe gibt.» Auch wenn es nun wenigstens leise Anzeichen gebe, dass die Landesregierung die Sorgen der Tessiner Bevölkerung endlich

ernst nehme: Wenn es mit Deutschland ein Zerwürfnis gebe, sagt Lombardi ein wenig verbittert, begännen die Bundesräte zu zittern und setzten sogleich alle Kräfte in Bewegung, um die Probleme schnellstmöglich zu lösen. «Wenn wir Schwierigkeiten mit Italien haben, interessiert das keinen.»

Mit Initiativen und Petitionen gegen Italien

Auch die Tessiner Parteien drängen auf eine schnelle Lösung der Streitigkeiten mit Italien. Die FDP hat der Bundeskanzlei letzte Woche eine von 10 000 Personen unterschriebene Petition übergeben, mit der sie die Kündigung von sieben sektoriellen Abkommen mit Italien fordert, sollten innert Jahresfrist keine Fortschritte erzielt werden. Und die SVP reicht heute Montag eine Volksinitiative mit dem Titel «Prima i nostri» (Die Unserigen zuerst) ein, um einen Inländervorrang auf dem Arbeitsmarkt in die Kantonsverfassung zu schreiben. Bei Stellenbesetzungen sollen bei gleicher Qualifikation Bewerber aus dem Tessin gegenüber Bewerbern aus dem Ausland bevorzugt werden. Die Partei versteht ihr Begehren als Druckmittel, die am 9. Februar auf nationaler Ebene angenommene Masseneinwanderungsinitiative rasch umzusetzen. Im Tessin könne nicht länger zugewartet werden. (dbü)